

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

HITZEKOLLER.

Der Sommer 2022 – eine Chronik des politischen Irrsinns. Ein Rückblick mit leicht satirischem Einschlag.

[Matthias Müller]

Der achte Monat des Jahres 2022 ist zu Ende gegangen, also das achte Zwölftel des politischen Totalversagens. Der geneigte Leser möge uns verzeihen, dass aufgrund unseres Erscheinungsrhythmus bestimmte Ereignisse erst nach einem gewissen Zeitversatz gewürdigt werden können, aber gewisse Kuriositäten haben sicherlich kein publizistisches „MHD“ sondern reifen wohl eher mit der Zeit. Die mit dem Klammerbeutel Gepuderten erhöhen die Schlagzahl, wir als Chronisten kommen kaum hinterher, den unablässig produzierten Schwachsinn im „Besten Deutschland Aller Zeiten®“ zu protokollieren und für die Nachwelt fest zu halten. Es folgt daher nur ein unvollständiger Auszug der köstlichsten legislativen, judikativen und exekutiven Ergüsse, für die wir mit Leidenschaft und Hingabe wählen gehen und fleißig Steuern bezahlen. Los geht's.

In Deutschland wird um ein landesweites Regionalticket für die Bahn diskutiert – zu einem Einheitspreis für alle Nahverkehrsstrecken und Entfernungen. Angeblich würden viele Deutsche für zwischen 60 und 90 Euro monatlich eine solche Gelegenheit nutzen. Was bei einem solchen Preis wenig glaubhaft scheint. Die meisten Deutschen wissen inzwischen nicht mal, ob ihr Budget überhaupt bis zum Monatsende reicht. Vor diesem Hintergrund verstieg sich ein Dresdener Verkehrsforscher dieser Tage (Leipziger Volkszeitung vom 11. August 2022) zu folgendem abgehobenen Satz: „Wir müssen schauen, wie wir mehr Menschen in den Nahverkehr

bekommen und nicht unbedingt, wie er günstiger wird.“ Dieser Verkehrsforscher der Technischen Universität Dresden ist sicher sehr gut bezahlt, die Lebensrealität seiner weniger privilegierten Mitbürger ist ihm offenbar fremd.

Einen Tag nach der Deadline wird der Evaluationsbericht des Sachverständigenausschusses vorgelegt, der die Wirksamkeit der von der Regierung verhängten Corona-Maßnahmen prüfen sollte. Er offenbart eine Datastrophe sowie Schwurbel-Formulierungen, die im Prinzip besagen, dass sich eigentlich überhaupt keine Evidenz für irgendeine Wirksamkeit irgendeiner Maßnahme finden ließ. Obwohl man sich mehrere Monate Zeit genommen hatte die Daten „kreativ aufzubereiten“ war nichts zu machen: Maskenpflichten, Lockdowns, Schulschließungen, Ausgangssperren, Reiseverbote, nichts davon hatte auch nur den geringsten positiven Einfluss auf den Verlauf der so genannten „Pandemie“. Außerdem stellt er fest, dass Kritiker diffamiert wurden und ein ehrlicher Diskurs fehlte. Zum Glück für Heulboje Lauterbach war die Impfkampagne den „Experten“ als Eisen zu heiß. Aber Lauterbach, das personifizierte Bollwerk der Gesundheitsdiktatur gegen jegliche epidemiologische Faktenlage ficht das nicht an, er macht weiter: „Das neue Gutachten ist da wichtig, darf aber kein Bremsklotz sein.“ Klartext: im Gutachten des Sachverständigenausschusses steht dass die „Maßnahmen“ nichts gebracht haben. Lauterbachs Antwort darauf: mehr „Maßnahmen“ ab Herbst!

Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne) stellen die Eckpunkte des neuen Selbstbestimmungsgesetzes vor: Auf dem Standesamt kann man ab einem Alter von 14 Jahren seinen Namen und sein Geschlecht selbst festlegen – auch ohne Geschlechtsumwandlung. Bis zu einmal im Jahr kann man das Geschlecht wechseln. Und: Wer z.B. nach Umbenennung den alten Namen einer Person nennt (deadnaming), muss mit Bußgeld rechnen. Wenn Markus Ganserer sich nunmehr Tessa nennt und Frau von Storch noch einmal daran erinnert, dass er eigentlich zumindest laut eigenem Personalausweis ein Mann ist, Markus heißt, Vater zweier Kinder ist und über die Frauenliste der Grünen in den Bundestag kam, ist sie fällig. Ganserer selbst dazu in der taz: „Ein Penis ist nicht per se ein männliches Sexualorgan.“ Aber nein, natürlich nicht, Ma...äh... Tess...äh... wie auch immer... Das dachten wohl auch jene beiden weiblichen Mithäftlinge der wegen Totschlags verurteilten „Demi Minor“ in einem Frauengefängnis im US-Bundesstaat New Jersey: Die selbsternannt-transweibliche Demi hatte diese zwei Mithäftling:Innen mit ihrem weiblichen Penis nämlich geschwängert.

Dass ausgerechnet Ferda Ataman neue Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung werden soll, finden auch viele Migranten überhaupt nicht gut. Mehmet Tanriverdi, Vorstandsmitglied der

Kurdischen Gemeinde Deutschland, erzählt, dass nach dem Anschlag in Hanau im Bundeskanzleramt migrantische Vertreter zusammenkamen und Ataman kurzerhand die vorgegebene Sitzordnung änderte, weil sie nicht neben einem Kurden sitzen wollte.

Jetzt schaut schon der Kopf der Katze aus dem Sack: Hamburgs Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) schließt für den Fall eines Gas-Notstandes in der Hansestadt eine Begrenzung des Warmwassers für private Haushalte nicht aus. „In einer akuten Gasmangellage könnte warmes Wasser in einem Notfall nur zu bestimmten Tageszeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Wenig später legt er nach: „Wir müssen auch unseren Lebensstil ändern“. So fordert er, über bestehende und geplante Einfamilienhäuser hinaus keine weiteren mehr zu bauen. Seines gehört zur ersten Gruppe, aber das ist Zufall.

Die Humboldt-Universität in Berlin sagt vor der „Langen Nacht der Wissenschaften 2022“ den Vortrag einer Wissenschaftlerin kurzfristig ab. Die Biologin und Doktorandin an der HU, Marie-Luise Vollbrecht, darf ihren Vortrag „Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht. Sex, Gender und warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt“ nicht halten, weil sie evolutionsbiologisch herleiten wollte, warum es aus biologischer Sicht nur zwei Geschlechter gibt und dass das biologische Geschlecht (Sex) und soziale/psychologische Geschlechterrollen (Gen-

der) unterschiedliche Dinge sind. Das ist zu viel Wissenschaft für einige Aktivisten, die sich „Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der Humboldt Uni Berlin“ nennen, der Biologin „Transfeindlichkeit“ vorwerfen und damit drohen, man sehe sich „auf der Straße“. Deshalb sagt die Uni wegen „Sicherheitsbedenken“ den Vortrag ab. Ideologie schlägt Biologie, wenn's sein muss auch mit dem Baseballschläger.

Jetzt sind sie nun mal weg: Chatverläufe zwischen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla sind offenbar verschwunden. Die beiden hatten via Textnachrichten (!) über 1,8 Milliarden Corona-Impfdosen verhandelt, deren Preis danach um vier Euro auf 19,50 Euro pro Dosis stieg (bei weniger als drei Euro Herstellungspreis). EU-Parlamentarier und eine Petition hatten gefordert, die Chatverläufe der Verhandlungen offenzulegen, doch das ist nun leider wegen „verwaltungstechnischer Missstände“ nicht mehr möglich. Derartige „kurzlebige, flüchtige Dokumente“ würden nicht archiviert. Sehr schade. Und: Was ein Zufall, dass es schon wieder Frau von der Leyen getroffen hat! Schon in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin waren sensible Daten im Rahmen der millionenschweren Berater-Affäre unwiederbringlich gelöscht worden. Die Frau hat aber auch ein Pech!

Die 8-Milliarden-Euro-Medienmacht ARD/ZDF kommt endlich ins Schwimmen. Das Wasser steht an der Oberkante der Unterlippe und schwappt bereits in den ewig durstigen Rachen. Seit Merkels Konkubinat zwischen Regierung und staatlichen Medien stehen die Fernsehanstalten erstmalig im öffentlichen Blickpunkt und kommen

so schnell nicht wieder heraus. Es stehen Durchlüftung und Umbau an. Ob, wie Frankreich, die hohen Zwangsgebühren für den Regierungsfunk abgeschafft werden, steht in den Sternen. Zu wünschen wäre es. Die gegenseitige anrühlich scheinende Abhängigkeit von Exekutive und Vierter Gewalt (Medien) hat unerträgliche Ausmaße erreicht. Immer weniger Deutsche tun sich das staatliche Umerziehungsfernsehen an. Den Stein ins Rollen brachte die Korruptionsaffäre um die vormalige ARD-Chefin Schlesinger, der Vetternwirtschaft und sehr laxer Umgang mit den Spesen-Regeln vorgeworfen wird. Aus dem möglichen „Fall Schlesinger“ scheint seit einigen Tagen ein „Fall Öffentlich-Rechtliche Medien“ zu werden.

„Anschlag auf Japans rechten Ex-Regierungschef Abe“, meldet die tagesschau. Das soll wohl heißen, dass es eh nicht schade um ihn ist. Gutes Attentat, schlechtes Attentat. Doppelte Standards gelten jetzt also auch schon für Mordanschläge.

Die Deutschen haben Angst vor dem kommenden Winter, falls der sich nicht an die globale Erwärmung hält und lieber doch kalt wird. Die Deutschen decken sich mit Elektroheizkörpern ein, um mögliche Wärmeversorgungsprobleme abfedern zu können. Wenn dann im Herbst und Winter diese Geräte alle zugeschaltet werden, wird es ganz schnell dunkel in Deutschland. Die völlig überlasteten Netze werden sich in die reale Welt von Blackouts verabschieden. Tanken dann noch viele Elektroautofahrer ihren Strom und scheint weder die Sonne noch weht der Wind – beides soll in der Natur vorkommen –, dann ist Deutschland ganz schnell dort, wo

die Grünen es haben wollen: zurück zur Natur, im Urwald ist immer Blackout.

Der frühere Vizefraktionschef der CDU/CSU-Fraktion und Diplom-Mathematiker Arnold Vaatz rechnet bei der Windkraft nach. Ihn interessiert, wie viel Strom sie produziert und wie viel Energie sie den unteren Luftschichten entzieht. Er kommt auf erstaunliche Zahlen. 2021 lieferten die deutschen Windräder eine Leistung von 113.000 GWh in die Netze. Bei einem Wirkungsgrad von 50 Prozent haben sie dafür 226.000 GWh Energie den unteren Luftschichten entzogen. Arnold Vaatz geht in dieser Betrachtung auf ungewöhnliche Weise weiter und nimmt sich des TNT-Äquivalentes an. Bekanntlich ist eine Kilotonne TNT-Äquivalent (Maßeinheit für die bei einer Explosion freiwerdende Energie), die bei der Explosion von 1.000 Tonnen Tri-Nitro-Toluol freigesetzt wird.

Die den unteren Luftschichten durch Windkraft entzogene Energie von 226.000 Gigawattstunden entspricht damit ungefähr 194.000 Kilotonnen TNT-Äquivalent. Was wiederum dem TNT-Äquivalent von rund 15.500 Hiroshimabomben entspricht. Auf Wochen und Wahlkreise der Bundestagsabgeordneten heruntergerechnet, ergibt das je Wahlkreis und Woche eine Hiroshimabombe an Energieentzug in den unteren Luftschichten. Ob und wie dieser Vorgang Auswirkungen auf Wetter und Klima hat, ist sicher noch spekulativ, untersucht muss aber auch dieser Aspekt werden. Zumal es weltweit inzwischen Gutachten gibt, die den Wind- und Sonnenparks Mitverantwortung an regionaler Trockenheit und bodennaher Erwärmung (Bodenversiegelung) geben.

Passend dazu auch die folgen-

de Äußerung des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten (1990–2005) Christian Müller:

„Früher, in Vor-Merkel-Zeiten gehörte es zu den Bildungsstandards, dass es keine Energieerzeugung, sondern nur Energieumwandlung gibt und folgerichtig, die Sprüche von erneuerbarer Energie Nonsens sind. Diese Vorgänge sind physikalisch begründet und folgen den Hauptsätzen der Thermodynamik, sie können anschaulich erklärt werden. Allerdings sollte man dafür wenigstens physikalische Grundkenntnisse haben. Jede Form von Energieumwandlung hat Folgen für die Umwelt, sogar auch soziale Folgen. Folglich hat eine fortschrittliche Industriegesellschaft die Möglichkeit, zwischen gewünschten und nicht gewünschten Effekten zu unterscheiden und sich die günstigste Energieumwandlungsform auszusuchen.“

Physik ist jedoch eine rechtspopulistische Verschwörungstheorie und Kreml-Propaganda, deswegen pfeift Herr Habeck mit Recht drauf.

Erste Städte bereiten Wärmehallen für Alte und Arme für den Winter vor. Und das in Zeiten der Erderhitzung.

Laut Wochenbericht des RKI vom Ende Juli waren zuletzt satte 85,6 Prozent aller Corona-Patienten, die intensivmedizinisch behandelt werden mussten, vollständig und offiziell doppelt bis hin zu vierfach durchgeimpft. Ihr (hochgerechneter) Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt aber bei kaum 75 Prozent. Somit sind die Geimpften auf Intensivstationen massiv überrepräsentiert. Darf man jetzt von einer „Pandemie der Geimpften“ sprechen?

Skandal um Layla: Die Stadt Würzburg schützt ihre Kiliani-Volksfestbesucher vor einem schädlichen, sexistischen Ballermann-Hit. Textauszug: „Ich hab ‘nen Puff, und meine Puffmama heißt Layla, sie ist schöner, jünger, geiler.“ Im Gegensatz zu diesem Land, das immer hässlicher und ungeiler wird. Jedenfalls: Nicht ausdenken, wenn die Leute so etwas hören. Wie beruhigend, dass unsere Entscheidungsträger wissen, was gut für uns ist, und das Abspielen des Liedes untersagt haben. Wenig später auch in Düsseldorf und auf dem Oktoberfest. Jetzt muss man bei „Skandal im Sperrbezirk“ über Rosis Nummer einen Piepton legen, sonst ruft noch jemand 32-16-8 an. Außerdem bestehen wir auf ein Verbot von Rudi Carrels „Wann wird’s mal wieder richtig Sommer?“ wegen Verharmlosung des Klimawandels. Es wird Zeit, dass endlich mal Zucht und Ordnung in das Deutsche Liedgut gebracht wird, im „Besten Deutschland Aller Zeiten®“. Dazu treten wir später noch nach, versprochen.

Der Berliner Senat propagiert eine Mobilitätswende und autofreie Zonen in der Hauptstadt, genehmigt sich selbst aber fortan Urlaubsfahrten mit dem (Steuerfinanzierten) (Verbrenner-)Dienstwagen, auch ins Ausland. Allerdings ohne Wagenknecht, vulgo Chauffeur. Nicht dass Sie jetzt denken, die würden privilegiert leben und Wein saufen, während sie Wasser predigen, nicht doch!

Die Zahl der Rettungseinsätze in Baden-Württemberg ist 2021 enorm gestiegen: 1,3 Millionen Mal rückten Notärzte und Krankenwagen aus, eine Zunahme von mehr als 10 Prozent. Ähnlich verheerende Zunahmen in ganz Deutschland

– und weltweit – bei Herzinfarkten, Schlaganfällen, Lungenembolien, Hirnblutungen, Herzmuskelentzündungen, Autoimmunerkrankungen, extreme Häufung von Totgeburten... Es gibt sogar einen neuen medizinischen Fachausdruck dafür, dass gesunde Erwachsene im zeitlichen Zusammenhang mit einer... äähm... „medizinischen Prozedur“ tot umfallen. „SADS“ heißt das jetzt- „sudden adult death syndrome“. Weltweit ein medizinisches Rätsel. Was könnte all dies nur verursachen? Wir kommen nicht drauf.

Außenministerin Annalena Baerbock leidet noch immer an den Folgen ihrer Corona-Erkrankung Anfang Juni. „Mehr als zwei Etagen schaffe ich auch jetzt kaum zu Fuß“, sagt sie im Interview mit dem „Stern“. „Es hat mich wirklich niedergestreckt, trotz Vierfachimpfung.“ Wer sagt’s ihr?

Die Stadt Mannheim muss ein eben angebrachtes Schild für die Helmut-Schmidt-Brücke gleich wieder abmontieren: Als Geburtsjahr des Ex-Bundeskanzlers steht da 1915 statt 1918. Unklar ist laut einem Stadtsprecher, wie es zu dem „extrem ärgerlichen Fehler“ kam. Wir kennen den Grund aber schon: Deutschland 2022.

Ein Artikel in der ZEIT beklagt die „fehlende Diversität im deutschen Frauenfußball“. Nur vier von 28 Spielerinnen des Nationalteams hätten einen Migrationshintergrund, das seien weniger als 15 Prozent, Nichtkartoffeln also unterrepräsentiert. Wir sind dafür, dass wichtige Positionen vor allem im Spitzensport mehr nach Quoten anstatt nach sportlicher Leistung besetzt werden.

Josefine Paul, Nordrhein-Westfalens grüne Integrations- und Gleichstellungsministerin mit Problem-Pony („In NRW ist kein Platz für Queerfeindlichkeit und Rassismus!“), hat ein System von Meldestellen eingerichtet, um „insbesondere auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ zu registrieren. Petz-Points für anonyme Blockwarte, die jede Lappalie, jeden nicht justiziablen, (vulgo: jeden erlaubten, aber von der Regierung nicht gewünschten) Kommentar melden können. Noch viel deutscher kann es nicht mehr werden.

„Die Zeit billiger Lebensmittel ist vorbei“, jubelte die frühere grüne Agrarministerin Renate Künast am 14. Juni 2022 vor dem Hintergrund der steigenden Nahrungsmittelpreise durch den russischen Überfall auf die Ukraine.

Gehörte es bis vor wenigen Jahren in Deutschland für die politische Klasse noch zu den Tugenden, um soziales Wohlergehen und um Arbeitsplätze zu kämpfen, so herrscht inzwischen grünerzieherische Unverfrorenheit vor. Die Nahrungsmittelpreise können für die Grünen nicht hoch genug sein. Die Bevölkerung wird nach der grünen Agenda umerzogen und fast alle Parteien machen als Schaffherde mit. Die Menschen sollen vegan leben und auf das lebensnotwendige Fleisch verzichten. Erreichen wollen die Grünen dies mit Hilfe unbezahlbarer Fleischpreise und staatlich geförderter niedriger Preise für pflanzliche Lebensmittel. Das Umweltbundesamt führt einen Feldzug gegen die Viehhaltung: Die Landwirte sollen wegen des rekta-len Methan-Ausstoßes ihrer Herden künftig Emissionssteuer bezahlen. Wir nennen sie mal Furzsteuer, klingt griffiger.

Annalena Baerbock sagt der Republik Moldau 77 Millionen Euro zu. 40 Millionen davon sollen Privathaushalten zugute kommen, um drastisch gestiegene Energiepreise abzufedern. Während die deutschen Kartoffeln eben sparen und zahlen müssen. Und zwar ohne zu meckern, sonst kommt Nancy Faeser und nimmt sie wegen rechts-extremer Umtriebe und „staatsdelegitimierender Äußerungen“ hops. Eure Steuergelder verschenken und verprassen wir so wie wir das für richtig halten. Frieren und Fresse halten, sonst Knast, verstanden?

„Es gibt ein absolutes Ende aller Maßnahmen, und alle Maßnahmen enden mit dem Frühlingsbeginn am 20. März 2022“, versprach einst Marco Buschmann. Maskenzwang und „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ blieben trotzdem, und jetzt stellt uns der Justizminister eine erneute Maskenpflicht für den Herbst in Aussicht – auch wegen der ganz bestimmt schlimmen Grippe (!). Maskenpflicht ab Herbst wegen Grippe. Hat er wirklich gesagt. Und ist immer noch im Amt. Wir können’s selbst kaum glauben.

Annalena Charlotte Alma Baerbock schleift die Aufnahme-Prüfungen für Diplomaten im höheren Auswärtigen Dienst: Der anspruchsvolle Allgemeinwissenstest und der Psychotest werden gestrichen, damit auch schlichte Gemüter, Dummbatze und Irre an gut dotierte Posten kommen können, wenn sie nur die ideologische Linie der Ministerin teilen. Gut so! Warum sollte man an sie auch höhere Anforderungen stellen als an die Chefin selbst?

Nachgetreten in Sachen Deutsches Liedgut: Bringen Sie bitte mal kurz die Kinder raus, wir zitieren Bushido: „Deine Freundin darf nicht blasen mit dem Herpesgesicht ... ich trete auf dich ein, bis du blutest ... Ficke deine Mutter auf der Wohnzimmercouch... die Nutte schreit... Du Hurensohn“. Und jetzt raten Sie mal, wer die Ehrenpatenschaft für die Drillinge des sympathischen Volksrappers übernimmt? Genau: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Kannst Du Dir nicht ausdenken, im „Besten Deutschland Aller Zeiten“, im Jahr 2022.

Oh nein! Es hat sich herausgestellt, dass Christian Schulz, der Busfahrer des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund, Mitglied der coronamaßnahmenkritischen Partei „dieBasis“ ist. Der Verein hat ihm dann in einem „intensiven Gespräch“ mitgeteilt, „dass Positionen der Partei, für die er sich in der Vergangenheit engagiert hat, mit den Positionen von Borussia Dortmund nicht im Ansatz vereinbar sind“. Seither engagiert sich der Busfahrer nicht mehr politisch, aber das war seine eigene, total freie Entscheidung. Ganz sicher.

Die Marketing-Abteilung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) war wieder rührig. Anlässlich des Christopher Street Days werden an sieben U-Bahnhöfen sogenannte *ickets mit Utensilien für geschützten Sex verkauft. Den Sondertickets sind wahlweise ein Kondom oder ein „Lecktuch“ beigelegt.

Zum Gedenktag für die Drogentoten schwurbeln Medien, Politik, Kirchen und Verbände von „verstorbenen Drogengebraucherinnen und Drogengebrauchern“, „verstor-

benen Drogengebraucher*innen“ und – unser Favorit – „verstorbenen Drogengebrauchenden“. So abhängig, dass sie nach dem Exitus noch weiterfixen. Nur die deutsche Sprache, die ist mausetot.

Wie die Welt am Sonntag berichtet, erhielten die Klimaextremisten von der „Letzten Generation“ mittelbar Fördergelder des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima (BMWK). Habecks Behörde hat das Projekt „Gruppenkonto“ mit 156.420 Euro über ein Innovationsprogramm unterstützt. Steuergelder kommen also über einen Verein den Klebekindern zugute, die Blockaden und gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr vornehmen. Das wird die steuerzahlenden Autofahrer freuen, die wegen der fanatisierten Aktivisten ewig im Stau stehen – und dort sinnlos CO2 ausstoßen.

Nancy Faeser: „Der Frauenfußball hat die gleiche Bedeutung wie der Männerfußball.“ Ääääh... nein. Nein. Wirklich nicht.

Wirtschaftsdaten aus Russland: Wenige Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sah die Lage für Russlands Wirtschaft noch düster aus. Der Westen hatte als Reaktion eine Reihe von Finanzsanktionen verhängt, die vor allem gegen die Devisenreserven der russischen Zentralbank gerichtet waren und die den Rubel zunächst abstürzen ließen. Zwischenzeitlich lag der Kurs bei 160 Rubel für einen US-Dollar, was zu einem Ansturm der Bürger auf die Bargeldautomaten führte, die verzweifelt versuchten, ihr Ersparnis abzuheben.

Dann erhöhte die Zentralbank die Zinsen, führte Kapitalverkehrskon-

trollen ein und pumpte Liquidität in das Bankensystem. Schon im April wendete sich das Blatt und der Rubel notierte sogar noch stärker als vor Ausbruch des Krieges. Inzwischen ist der Rubel sogar die Währung mit den stärksten Kursgewinnen in 2022.

Russlands Wirtschaft ist auf Kurs für einen neuen Handelsbilanz-Rekord, wie *The Economist* berichtet. Demnach sind die Importe durch westliche Sanktionen sowie die teilweise Abschneidung russischer Banken vom SWIFT-System eingebrochen. Letzteres erschwerte es russischen Konsumenten und Unternehmen erheblich, westliche Güter zu kaufen. Doch im Gegenzug sind russische Exporte nach wie vor stabil beziehungsweise rasant wachsend.

Die russische Regierung veröffentlicht derzeit keine monatlichen Berichte mehr über ihre Handelsaktivitäten, aber durch die Daten der größten Handelspartner Russlands, lässt sich doch ein ungefähres Bild zeichnen. So schätzt *The Economist*, dass Russlands Importe um rund 44 Prozent zurückgegangen sind, während die Exporte sogar um 8 Prozent gestiegen sind. Infolgedessen erwarten Analysten, dass der russische Handelsüberschuss in den kommenden Monaten ein Rekordhoch erreichen wird.

Das *Institute of International Finance (IIF)* rechnet damit, dass der Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2022 rund 250 Milliarden Dollar erreichen könnte. Das wäre mehr als das Doppelte des 2021 verzeichneten Überschusses von 120 Milliarden Dollar. Die hohen Energiepreise spielen Russlands Wirtschaft dabei in die Karten. Zwar sind die Rohstoff-Exporte in der Menge zurückgegangen, aber dank höherer Preise erzielt Russland derzeit Rekord-Gewinne mit dem Export von Öl und Gas. Unser kaltes Duschen sorgt bei Putin de facto also für einen warmen Geldregen.

Schon blöd, wenn man als Außen- und Wirtschaftsminister keine Ahnung von der Weltwirtschaft hat.

Laut einem Bericht der *Internationalen Energie Agentur (IEA)* fließen 20 Milliarden Dollar Exporte-Erlöse allein aus dem Verkauf von Öl jeden Monat nach Russland. Das entspricht einem Anstieg von 50 Prozent seit Jahresbeginn. Obwohl die russischen Ölexporte in die EU laut IEA in diesem Jahr um 535.000 Barrel pro Tag gesunken sind, konnte eine gesteigerte Nachfrage aus Indien und China den Rückgang kompensieren.

Russland und China schmieden eine globale Südaliansz und vertiefen ihre Geschäftsbeziehungen nach Afrika und den nahen Osten. Mit dem Iran schließt Russland bedeutende neue Energie- und Währungsdeals ab. Indien bezieht russische Rohstoffe und bezahlt sie in Rubel. Südamerika bindet sich enger an Russland. Die Auswirkungen dieser neuen Nord-Süd-Achse zeigen sich dann unter anderem bei den UN-Abstimmungen. 35 Länder, die zusammen genommen rund 50 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, enthielten sich oder stimmten mit „Nein“ zu einer UN-Resolution vom März, die die Invasion in der Ukraine verurteilt.

„Wir werden Russland durch unsere Sanktionen ruinieren, sagte einst die tapfere Annalena. Läuft.

Focus.de: „Sie kontrollieren ganze Stadtteile: Einfluss von schwedischen Clans reicht bis nach NRW.“ Wer kennt sie nicht, die berüchtigten Clans der Anderssons und der Lindströms...

Dialog in BILD:

Wolfgang Schäuble: „Ich habe vier Enkel im Alter von zwei, vier,

fünfzehn und siebzehn. Wer von ihnen sollte aus Ihrer Sicht wählen dürfen?“ Emilia Fester (MdB, Grüne): „Für mich persönlich: alle, die wollen.“ Schäuble: „Also auch meine Zweijährige?“ Fester: „So sehe ich das persönlich.“
Kinder an die Macht!

Ach ja, die Wetterkarte im Fernsehen. Leuchtete sie jahrzehntelang bis vor einigen Jahren noch in Gelb und Grün, ist sie seit einer Weile – auch bei durchaus angenehmen sommerlichen Temperaturen – in alarmroten Tönen gehalten. Um uns Gefahr durch „Erderhitzung“ und „Klimakatastrophe“ psychisch zu suggerieren, wie Kritiker behaupten. Tatsächlich aber handelt es sich bei der ARD-tagesthemen-Wetterkarte nicht um Manipulation, sondern um ein „neues Design“. Das hat der ARD-Faktenchecker herausgefunden. Dann muss es ja stimmen.

Der somalische Einmann, der im Juni vergangenen Jahres in Würzburg drei Frauen mit einem Messer tötete und neun weitere Menschen verletzte, muss a) ins Gefängnis oder b) in die Psychiatrie?

Gut, das war jetzt zu einfach.

Winfried Kretschmann (Grüne, Ministerpräsident von BW) meint, Energiesparen sei jetzt erste Bürgerpflicht: „Klimaanlagen, Aufzüge, Warmwasser – alles abschalten!“ Ob er wohl selbst auch „für die Freiheit friert“ oder mit Expräsi Gauck in der Wärmehalle pennet? Wir werden bei Gelegenheit journalistisch nachhaken, wie „Solidarität mit der Ukraine“ von unseren Volksvertretern praktisch vorgelebt wird.

Der Bayerische Rundfunk machte in seiner Sendung „Diversity-Talk 2022: Gendern – Modeerscheinung oder Sprach(r)evolution?“ rund eine Stunde lang penetrant Stimmung fürs Gendern, überzeugt aber niemanden: Die Schüler wollen sich den Bekloppten-Sprech nicht zu Eigen machen. Moderatorin Claudia Stamm (51, Ex-Grünen-Politikerin) lernt daraus aber nicht etwa, dass die ideologiebesoffene Schwachmatensprache von der Bevölkerung abgelehnt wird – nach Umfragen von etwa 80 Prozent –, sondern dass in einem Jahr nochmal eine Veranstaltung gemacht wird, um zu sehen, „ob sich was verändert hat in einem Jahr“. Sie sind entschlossen, die Leute weiter ungefragt mit unlesbaren Texten und Schluckauf-Sprache zu terrorisieren, bis die am Ende entnervt aufgeben.

„Die DFB-Frauen stehen im EM-Finale. Zum neunten Mal. Würden sie das Gleiche bekommen wie die Männer, wäre der DFB pleite“, sagt die heute-show des ZDF. Ja, und würden die Männer das Gleiche erwirtschaften wie die Frauen, dann auch. Zum Mitschreiben: Spitzensport ist leider nichts weiter als ein Business, das sich entweder gut verkauft und damit Kohle einbringt oder eben nicht. Das kann man gut heißen oder eben nicht, ändert aber nichts an den Tatsachen. Diese Zusammenhänge sind jedoch zu kompliziert für die intellektuellen Low-Performer von der heute-show.

Überraschung: Das linke ARD-Magazin „Monitor“ bestreitet, dass es eine linke Cancel Culture gibt, und wenn, dann berechtigt. Meinungsfreiheit sei „gefährlich“. Alles klar. Vor allem Eure, liebe ARD. Gerade im „Besten Deutschland Aller Zeiten“, das mit solchen Ansichten

nur noch einen Wimpernschlag vom schlimmsten Deutschland aller Zeiten (oder wahlweise von Russlands „Meinungsfreiheit“) entfernt liegt. Empfehlung: Studium der Deutschen Geschichte, 1933–1945. Danach ´ne Ex über die (grundgesetzlich garantierte) Meinungs- und Pressefreiheit und die Gefahren der Zensur in Deutschland. Vorsicht, die Note kommt ins Zeugnis!

Justizminister Buschmann (FDP) ruft „Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber“ zur Denunziation beim Arbeitgeber auf, Norbert Walter-Borjans (SPD) verpfeift bei Twitter einen ICE-Zugchef bei der Bahn, weil der den Hinweis auf die Maskenpflicht mit der korrekten Information verband, das habe man Herrn Lauterbach zu verdanken. Das wird hier wieder ein Paradies für Petzer und Anschwärzer, ist ja alles von oben abegesegnet. Vorwärts in die Vergangenheit!

Die RBB-Intendantin Patricia Schlesinger steht ohnehin schon wegen mutmaßlicher Verschwendung von Gebührgeldern, privater Abendessen mit „Multiplikatoren“ auf Spesenrechnung und dubioser Beraterverträge in der Kritik. Die Berliner Staatsanwaltschaft stellt trotzdem keine Ermittlungen an („Anfangsverdacht verneint“). Jetzt kommt auch noch heraus, dass sie für ihren Dienstwagen, einen Audi A8 mit Sonderausstattung wie Massagesitzen (435 PS, 145.830 Euro), den sie auch privat nutzt, einen Sonderrabatt („Regierungspreis“) von fast 70 Prozent mitnahm. Zu „Werbezwecken“, was sie wiederum zur Markenbotschafterin machen würde, was sie wiederum laut Compliance-Regeln des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks gar nicht sein darf. Auch setzt sie ihre beiden Chauffeure für Fahrten

zu privaten Zwecken ein. Aber, so der RBB: „Weihnachtsbaumtransporte und Umzüge waren nicht dabei.“ Hätte auch nur die Massagesitze ruiniert.

In einem WELT-Interview bestreitet die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) die Dysfunktionalität der Behörden: „Das Verwaltungsbashing muss dringend aufhören. Das raubt den Menschen den letzten Nerv.“ Dabei dachten wir immer, das Versagen der Verwaltung treibe die Bürger in den Wahnsinn, nicht das Geschimpfe darüber. Auf die Frage, ob Menschen, die keine Putin-Freunde sind und dennoch ihre Empörung auf die Straße tragen wollen, jetzt als „rechts“ gebrandmarkt würden, stellt Frau Kipping klar, wer in einer „lebendigen Demokratie“ protestieren darf: „soziale Akteure, Gewerkschaften und progressive Linke“. Alle anderen sind natürlich Nazis. Nur damit Sie’s wissen.

Dazu passt die Stimmungsmache unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gegen alle, die in den kommenden Monaten unter der sinn- und nutzlosen Sanktionspolitik der Regierung zu leiden haben werden: vorsorglich diffamiert sie schon jetzt jeden berechtigten Protest gegen die völlig irrationale, kontraproduktive, antisoziale und „dümmste Energiepolitik der Welt“ (Zitat Wall Street Journal) als „rechtsgerichtet“ und „demokratieverachtend“. Gleichzeitig wird die Bundeswehr fit gemacht und aufgerüstet für die gewaltsame Niederschlagung von „Aufständen im Inneren“, die die Regierung aufgrund der drohenden Energiekrise offenbar erwartet. Schöne Sache, so ´ne Demokratie.

Nicht schlecht, so als Pointe zum Auftakt in den Herbst.